



Tatenlosigkeit beenden – Spielräume nutzen:

Mit neuen Investitionsimpulsen aus der Krise.

**Diskussionspapier zur
Wirtschaftspolitischen Konferenz der SPD**

21. April 2010 in Berlin

Ein Diskussionspapier der Zukunftswerkstatt „Arbeit - Umwelt - Innovation“.

Zukunftswerkstätten wollen Antworten geben auf Fragen, die wir uns alle stellen: Was ist fair? Was muss sich in Deutschland ändern, damit es fairer zugeht? Welche Konzepte hat die SPD für eine faire Gesellschaft. Wir fragen nach. Wir eröffnen die Debatten über die Spielregeln unseres Zusammenlebens.

Mehr Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten unter:

www.zukunftswerkstatt.spd.de

1. Die Krise ist noch nicht vorbei.

Wer jetzt bereits glaubt, die Krise sei vorbei, verkennt Tiefe und Bedeutung der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise für die Grundlinien deutscher wie europäischer Wirtschaftspolitik. Es gibt nach wie vor keinen selbsttragenden Aufschwung. Die Stimmung scheint besser zu sein, als die Fakten. Im letzten Quartal 2009 und im ersten Quartal 2010 gab es Nullwachstum (DIW, 29.03.2010 und ifw Kiel, 10.03.2010). Konjunkturforscher sprechen von Stagnation und von einer insgesamt fragilen, störungsanfälligen Lage:

- Das **DIW** prognostiziert erst ab 2012 ein Wiedererreichen des Vorkrisenniveaus, was in der Summe mehr als drei Jahren Nullwachstum entspricht.
- Das **KfW-ifo-Mittelstandsbarometer** (8.03.2010) verzeichnet eine Verschlechterung des mittelständischen Geschäftsklimas und verweist auf eine schwache und störungsanfällige Entwicklung.
- Das **ifw Kiel** spricht von einer schwachen konjunkturellen Grundtendenz ohne Aussicht, den Produktionseinbruch in kürzerer Zeit wettzumachen.
- Das **RWI** (17.03.2010) sieht die Erholung ins Stocken geraten, erwartet eine zögerliche Belebung mit hohen Defizitquoten des Staates.
- Der **OECD-Deutschlandbericht** (März 2010) sieht die Tragfähigkeit der deutschen Staatsfinanzen in Gefahr, rechnet erst auf mittlere Sicht damit, dass das Produktionsniveau vor der Krise erreicht wird und dass die Arbeitslosigkeit der Tendenz nach steigt.
- Das **HWWI** (3.03.2010) sieht bisherige Stabilisierungstendenzen vor allem durch staatliche Konjunkturprogramme getragen.
- **Deutsche Bank Research** (25.03.2010) sagt voraus, dass, wenn die expansiven Effekte der Fiskalpolitik Ende 2010 auslaufen, auch das Wachstum des BIP wieder nachlässt und 2011 unter den Wert des Vorjahres zurückgeht.

Damit besteht die Gefahr eines ernsten konjunkturellen Rückschlags. Die Auftragseingänge im Januar/Februar 2010 lagen rund 20 % unter dem Niveau von Januar/Februar 2008. Die neuesten Arbeitsmarktzahlen zeigen beunruhigende Entwicklungen: Über 50 % der Neueinstellungen erfolgen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Der Effekt der Kurzarbeit hält nicht dauerhaft. Um dauerhaft gute Arbeit zu schaffen, müssen wir die wirtschaftspolitische Diskussion neu beginnen.

2. Die Bundesregierung spielt „Vogel-Strauß“.

Die Tatenlosigkeit der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung ist angesichts dieser gefährlichen wirtschaftlichen Entwicklung unverantwortlich. Weder werden ernsthafte Anstrengungen zur europäischen Regulierung der Finanzmärkte und des Bankensektors unternommen, um eine Wiederholung und Verschärfung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu verhindern, noch werden Instrumente entwickelt, mit denen Deutschland als größte europäische Volkswirtschaft mithilft, Wachstum und Beschäftigung zu sichern. Europas wachstumspolitischer Kopf steckt sozusagen „im Sand“. Diese „Vogel-Strauß-Politik“ der Bundesregierung macht Deutschland zu einem Totalausfall bei der wirtschaftlichen Belebung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Die existierenden und denkbaren finanziellen Handlungsspielräume Deutschlands wurden und werden den im Koalitionsvertrag vereinbarten Klientelwünschen von CDU, CSU und FDP geopfert: Das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ entfaltet keinerlei Wirkung, entzieht dafür aber einer aktiven Investitionspolitik für Wachstum und Beschäftigung mehrere Milliarden Euro. Und damit nicht genug: Die geplanten Senkungen der Einkommenssteuer von mindestens 16 Milliarden Euro verfehlen jede konjunkturelle Wirkung: sie erreichen gerade nicht die Haushalte, die durch ein höheres verfügbares Einkommen die Binnennachfrage positiv beeinflussen würden. Stattdessen soll die Einkommenssteuer für die oberen Gehaltsgruppen dramatisch abgesenkt werden, was lediglich zur Erhöhung der Sparquote führen wird.

Im Ergebnis kommt es weder zu Wachstums- und Beschäftigungsimpulsen noch zu einer Verringerung der öffentlichen Verschuldung. Im Gegenteil: Die noch existierenden konjunkturellen Impulse durch öffentliche Investitionen werden drastisch reduziert. Vor allem die kommunalen Investitionsmöglichkeiten – 60 Prozent der öffentlichen Investitionen tätigen die Städte und Gemeinden in Deutschland – werden durch die entstehenden Steuerausfälle praktisch vollständig zum Erliegen kommen. Eine steigende Arbeitslosigkeit insbesondere im Handwerk und im Handel ist die Folge.

Die Bundesregierung verschärft mit dieser Politik aber nicht nur die Arbeitslosigkeit. Sie führt Deutschland zugleich in eine doppelte Falle: Entweder wird die bereits existierende Verschuldung ungebremst weiter erhöht, oder die notwendigen Einsparungen tragen zusätzlich zum Abwürgen des erst langsam wieder anlaufenden Konjunkturmotors bei, denn die bereits vorlegten Planungen zur „Gegenfinanzierung“ der sozial ungerechten und wirtschaftlich unsinnigen Steuergeschenke sollen die Steuern und Abgaben der Bürgerinnen und Bürger nach der Landtagswahl in NRW am 9. Mai ebenso drastisch angehoben werden: die Besteuerung der Nacht- und Schichtarbeit, die Anhebung aller Gebührenhaushalte z.B. für Abwasser- und Abwasserbeseitigung oder die geplanten Anhebungen der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und zur

Krankenversicherung. Haushalte, die über höhere Einkommen verfügen, werden entlastet – Haushalte, die über mittlere und niedrige Einkommen verfügen, werden belastet. Das ist ein Rückfall in die ideologisch motivierte Umverteilungspolitik von unten nach oben aus den 80er Jahren der CDU/CSU/FDP-Bundesregierungen.

Aber nicht nur das: Zur notwendigen Konsolidierung aufgrund milliardenschwerer Konjunkturprogramme werden sowohl die aktive Arbeitsmarktpolitik des Bundes beschnitten werden wie die Bildungshaushalte der Länder. Gerade dort, wo in den kommenden Jahren Mehrausgaben dringend erforderlich wären – bei Bildung und Qualifizierung – werden den Ländern weniger Mittel zur Verfügung stehen. 16 Milliarden weniger Steuereinnahmen bedeuten jedes Jahr 2,4 Milliarden Euro weniger für die Kommunen. Um das einzusparen, müssten rund 240.000 Kita-Plätze wegfallen. Den Ländern drohen Einnahmeausfälle von 6,8 Milliarden Euro – das entspricht 112.000 Lehrerstellen.

CDU/CSU und FDP führen Deutschland in eine Abwärtsspirale und die Bundeskanzlerin schaut tatenlos zu! Sie hat keinen Plan, wie die deutsche Wirtschaft nach der Krise aussehen soll und wie jetzt die Weichen in diese Zukunft zu stellen sind. Sie wartet, dass der Aufschwung auf kurz oder lang schon irgendwie wieder einsetzen wird und damit all die Diskussionen um Verschuldung, Wachstumsstrategien und Finanzmarktregulierung vergessen macht.

3. Die Richtung ändern!

Dieser Tatenlosigkeit und dem Abdriften Deutschlands in einer dauerhaften Abschwung wollen wir Alternativen entgegen setzen. Die Richtung muss sich ändern:

3.1. Zeit für Investitionsförderung und eine koordinierte Wirtschaftspolitik in Europa!

Nur über die Entwicklung neuer Dienstleistungen und Güter, die sich im nationalen und internationalen Märkten behaupten und ökologisch wie sozial nachhaltig sind, werden wir den erreichten gesellschaftlichen Wohlstand erhalten und ausbauen können. Wir müssen unsere Exportstärke erneuern und unsere Binnenmärkte beleben. Dafür sind Investitionen in traditionellen Märkten wie in Zukunftsmärkten, in Bildung sowie soziale Dienstleistungen unerlässlich.

Die öffentliche Nettoinvestitionsquote war in den Jahren 2003 – 2008 in Deutschland negativ! Die Nettoinvestitionsquote insgesamt ist mit 4 % (1997) unterdurchschnittlich. Deutschland lebt damit von der Substanz! Die Quote ist im internationalen Kontext unterdurchschnittlich ausgeprägt. Damit gefährden wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Dabei sind Investitionen in den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft, in Bildung und Ausbildung von zentraler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Ohne die Stärkung von Wissenschaft und Forschung, ohne eine steigende Zahl von Fachleuten können die Wachstumspotenziale nicht erschlossen werden.

Eine europäische und internationale Koordination ist auf diesem Weg unerlässlich. Es ist klar geworden, dass die Wirtschaftspolitik in der EU hierfür einer neuen Grundlage bedarf. Wir brauchen eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt entspricht nicht mehr den heutigen Ansprüchen.

Nationale und transnationale Rechte und Pflichten müssen klar und verlässlich bestimmt werden. Insbesondere gilt das auch für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik: Der spanische Ministerpräsident Zapatero hat vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten 1 % ihres BIP bis 2015 solle in Energieprojekte, in neue digitale Technik sowie in Forschung und Bildung investieren. Das ist wegweisend für uns.

3.2. Zeit für neues Wachstum!

Mit unserem Impulsprogramm für Investitionen wollen wir jetzt die Gefahr der Stagnation überwinden und neue Dynamik für unsere Wirtschaft entfalten. Wir wollen die Industrie wieder in Schwung bringen, deutsche Standorte stärken, den ökologischen Umbau vorantreiben, neue Märkte erschließen und die Arbeit von morgen in Deutschland möglich machen.

Wir haben den Mut zur politischen Gestaltung der Zukunft – auch in der Wirtschaftspolitik. Denn mit diesem Impulsprogramm wollen wir einen ersten Anstoß für ein neues wirtschaftliches Denken geben: Das Wachstum, das wir wollen und das wir brauchen, soll sozial und ökologisch ausgerichtet sein. Es soll den Wandel unserer Art zu wirtschaften und zu leben fördern, den Durchbruch für effiziente und saubere Technologien bringen, durch Bildung, Arbeit und gute Löhne mehr Menschen beteiligen und die öffentliche Bereitstellung von zentralen Gütern des gesellschaftlichen Zusammenlebens ermöglichen.

Wir wollen nicht einfach zurück zum alten Wachstumsmodell, das uns in die Krise geführt hat. Denn diese Krise stellt ein Wachstum infrage, das durch Spekulationen befeuert wird, um dann in kürzester Zeit wie ein Kartenhaus in sich zusammenzufallen. Sie stellt ein Wachstum infrage, das durch den Raubbau an Ressourcen dem Wohlstand von morgen die Grundlage entzieht. Sie stellt ein Wachstum infrage, das wenige bereichert und immer mehr Menschen abhängt. Wir müssen grundsätzlich neu nachdenken, welches Wachstum wir wollen und was uns als Wert unserer künftigen gesellschaftlichen Entwicklung erscheint.

Uns ist klar, dass noch viele Fragen offen sind. Wir müssen von allgemeinen Postulaten, dass das Bruttoinlandsprodukt kein ausreichender Maßstab für gesellschaftliche Lebensqualität ist, zu praktischen Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik kommen. Wie sieht ein neues, global tragfähiges Modell wirtschaftlicher Dynamik aus? Wie muss ein neuer, ganzheitlicher „Fortschritts-Indikator“ gestaltet sein, der Umweltgüter, Gesundheit, Bildung, soziale Sicherheit und Teilhabe einbezieht? Welche Folgen hat solch ein neuer Kompass für den Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft? Diese und andere Fragen wollen wir in einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages aufgreifen.

3.3. Zeit für ökologische Industriepolitik!

Wir brauchen eine modernisierte Industrie für den ökologischen Umbau der Mobilität, des Wohnens, der Energieerzeugung und -einsparung, der CO₂-Minderung, nicht zuletzt für den Umbau der gesamten Wirtschaft. Aktuell arbeiten bei uns 7,8 Millionen Menschen in der Industrie. Wir brauchen das produzierende Gewerbe für hochwertige Arbeitsplätze mit großer Wertschöpfung und als Kristallisationskern innovativer Netzwerke bei unternehmensnahen Dienstleistungen. Eine erneuerte Industrie wird im neuen Jahrzehnt zur Zugkraft unseres Wohlstands auf neuem Niveau. Mit dem EEG-Gesetz haben wir gezeigt, wie durch gezielte Maßnahmen der Strukturwandel in der Industrie vorangetrieben werden kann.

Energie und Ressourcen sind der zentrale Wirtschaftsfaktor des neuen Jahrzehnts. Der Anteil von Energie und Material an den Produktionskosten in der Industrie steigt: Sie machen 45 Prozent aus, Lohnkosten hingegen nur noch 19 Prozent. In der gesamten deutschen Wirtschaft lassen sich mindestens 100 Milliarden Euro an Materialkosten einsparen, allein in den Branchen Metall, Kunststoff, Elektrizitätserzeugung und -verteilung, Chemie und Bau sind es schon kurzfristig 11 Milliarden Euro.

4. Handlungsspielraum schaffen - statt Handlungsspielraum verschleudern!

Die wichtigen Fragen unserer Zeit werden derzeit von der Bundesregierung nicht gestellt: Wie kann es gelingen zu regulieren, zu konsolidieren, zu investieren, nicht zu inflationieren und gleichzeitig Beschäftigungsbrücken über das Jahr 2011 hinaus zu bauen? Wie kann dafür gesorgt werden, dass nicht die Bürgerinnen und Bürger einseitig alle Lasten der Krise zu tragen haben? Woher sollen die Investitionsimpulse für die konjunkturelle Entwicklung der kommenden Jahre kommen? Wie justieren wir das Verhältnis zwischen Binnenmarktentwicklung und Exportwirtschaft neu? Wie verbinden wir eine konjunkturorientierte Haushalts- und Finanzpolitik mit Maßnah-

men, die Deutschland und Europa wieder auf einen nachhaltigen und soliden Wachstumspfad bringen? Wie kann dieser neue innovative Wachstumspfad aussehen? Wie können Krisen dieser Art in Zukunft vermieden werden?

Auf diese Fragen gibt die schwarz-gelbe Bundesregierung keine Antworten. Stattdessen fabuliert sie von Steuersenkungen, unsozialen Kopfpauschalen und verhartet im Klein-Klein koalitionsinterner Auseinandersetzungen.

Wir dagegen sagen ganz klar: Wir müssen Spielräume schaffen statt Spielräume zu verschleudern. Wir brauchen finanzielle Spielräume für eine atmende, aber im Ergebnis nachhaltige Finanzpolitik. Dazu gehört der Verzicht auf kontraproduktive allgemeine Steuersenkungen. Dazu gehört aber auch, den Staat in die Lage zu versetzen, die anstehenden Herausforderungen zu meistern: Strukturelle Haushaltskonsolidierung und angemessene Investitionsförderung.

- Wir schaffen Spielräume durch die Streichung der geplanten öffentlichen Finanzierung aus dem Bundeshaushalt in Höhe von mindestens 10 Mrd EURO für die Sanierung der maroden Atommüllendlager Asse II und Morsleben.
- Darüber hinaus wollen wir die Atomindustrie stärker an den Kosten ihrer Hochrisikotechnologie beteiligen, einschließlich Streichung der Steuerfreiheit der Rücklagen für die atomare Entsorgung (geschätzte Mehreinnahmen: 2 Mrd Euro/Jahr).
- Abbau ökologisch schädlicher Subventionen in Höhe von 5 Mrd EURO pro Jahr. Das Umweltbundesamt hat eine Liste mit Subventionen in Höhe von 40 Mrd. Euro zusammengestellt – 5 Mrd. Euro sind etwas mehr als 10 %. Das ist zu schaffen.
- Kürzung weiterer nicht-investiver Subventionen im Bundeshaushalt.
- Solange wir keine europäische oder internationale Finanztransaktionssteuer haben, werden wir über eine Börsenumsatzbesteuerung 3 Mrd. Euro einnehmen.
- Mit der Einführung eines „Bildungssolis“ durch: Erhöhung des „Balkons“ (Reichensteuer) erzielen wir mindestens 3 Mrd. Euro, mit denen wir den Einstieg in die Erhöhung der Ausgaben für die Bildungsfinanzierung starten.
- Mit der Rücknahme der nicht die Familien betreffenden Teile des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ (Mehrwertsteuer, Erbschaftsteuer, Unternehmensbesteuerung) lassen sich 3,8 Mrd. Euro erzielen.

Allein diese Maßnahmen erbringen bis zu 25 Mrd. Euro pro Jahr. Damit schaffen wir Handlungsspielräume für die Investitionsförderung und die Konsolidierung. Wir schaffen Handlungsspielräume, um die Arbeit von Morgen zu sichern.

5. Konkrete Maßnahmenvorschläge.

5.1. Finanzmärkte wirksam regulieren!

Über anderthalb Jahre ist der Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers vergangen, doch die notwendigen entschiedenen Veränderungen auf den internationalen Finanzmärkten hat es noch nicht gegeben. Das Casino hat bereits wieder geöffnet und wird mit öffentlichen Mitteln, die eigentlich zur Überwindung der Krise bereitgestellt wurden, erneut befeuert.

Kleine und mittelständische Unternehmen bekommen keine Kredite mehr, gleichzeitig missbrauchen Banker das billige Geld aus den Bankenrettungspaketen, um zu spekulieren. Die Deutsche Bank hat 2009 einen Gewinn von 5 Mrd. Euro erzielt, davon 4,4 Mrd. Euro im Investmentbanking und Eigenhandel. Also fast 90 Prozent des Gewinns kommen aus dem Spekulationsgeschäft. Die Gewinnmargen sind hoch, weil das Geld so billig ist. Banken haben die Krise mit verursacht. Wer sorgt dafür, dass Banken jetzt ihren Anteil am Aufschwung leisten?

Das Zocken nimmt immer krassere Formen an. Wir wissen inzwischen, dass Goldman Sachs auf die Verluste eines eigenen Fonds gewettet hat und auf diesem Weg Millionen einstrich, während die Anteilseigner des Fonds Totalverlust erlitten, darunter auch die deutsche IKB. Solche kriminellen Vorgänge schaden nicht nur der US-Wirtschaft, sondern dem weltweiten Finanzsystem. Wer solche kriminellen Milliardenpielchen betreibt, muss zur Verantwortung gezogen werden. Wissen wir, ob es solche oder ähnliche Vorgänge auch in Deutschland oder mit deutschen Banken gab? Wo ist die juristische Aufarbeitung der Bankenkrise? Und wer sorgt dafür, dass es solche Aktivitäten nicht wieder geben wird?

Mit dem SPD-Finanzminister Peer Steinbrück hatte Deutschland den Ton angegeben und weitreichende Vorschläge zur Finanzmarktregulierung gemacht. Unter Schwarz-Gelb dagegen ist Deutschland zum Zaungast geworden.

Deutschland muss in Europa eine Führungsrolle übernehmen, um das Bankengeschäft in seiner Struktur wieder vernünftig und nachhaltig zu machen. Die Bundesregierung produziert Stückwerk: Die geplante Bankenabgabe bringt 1 Mrd. Euro im Jahr – im vergangenen Jahr haben wir den Banken 200 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Das heißt wir können uns die nächste Krise wieder in 200 Jahren leisten.... Wenn die Bundesregierung sich weiterhin weigert, zum Motor einer wirksamen Finanzmarktregulierung in Europa zu werden, wird die SPD gemeinsam mit anderen europäischen sozialdemokratischen Parteien das neue Instrument der Europäischen Bürgerinitiative nutzen, um folgende Strukturreformen voran zu bringen:

- Wir wollen die Einführung einer Finanztransaktionsteuer. Ihre Funktion ist zum einen, bestimmte Formen von Spekulation zu verteuern und damit unattraktiver zu machen. Zum anderen soll sie als eine „Umsatzsteuer“ auf Finanzgeschäfte den Finanzsektor stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen. Solange eine solche Steuer zumindest im europäischen Rahmen nicht durchsetzbar ist, wollen wir eine nationale Börsenumsatzsteuer nach britischem Vorbild einführen.
- Bereinigung der Bankbilanzen: Der Druck auf Banken mit mangelnder Eigenkapitalausstattung, toxische Wertpapiere auszulagern und Rekapitalisierungen durchzuführen, muss erhöht werden. Ohne eine konsequente Bereinigung der Bankbilanzen wird es nicht gelingen, eine solide Eigenkapitalbasis der Banken zu schaffen. Nur so kann eine unzureichende Kreditversorgung und dadurch eine Dämpfung der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage verhindert werden.
- Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Banken durch staatliche Beteiligungen. Banken, welchen durch die Bereinigung der Bilanzen eine Eigenkapitalunterausstattung droht, sollte eine Kapitalbeteiligung des Staates vorgeschrieben werden. Die Einrichtung von außerbilanziellen Gesellschaften (Conduits, Zweckgesellschaften, Structured Investment Vehicles) ohne Eigenkapitaldeckung muss verboten werden.
- Der Eigenhandel mit Finanzinstrumenten – also das Zocken auf eigene Rechnung, und nicht im Kundenauftrag – muss stärker reguliert werden. Transaktionen, die rein spekulativen Zwecken dienen, müssen gesetzlich unterbunden werden.
- Um die systemische Relevanz von Banken zu reduzieren, müssen die finanziellen Verflechtungen zwischen Banken begrenzt werden. Dann kann auch eine größere Bank insolvent werden, ohne dass es Domino-Effekte für andere Banken gibt. Dazu müssen die Großkreditvorschriften noch deutlich stärker verschärft werden. Die durch EU-Regelwerk vorgeschriebene Schwelle von max. 25% des Eigenkapitals pro Kredit ist deutlich zu hoch. Wir denken an 10 %.
- Ein Finanz-TÜV muss eingerichtet werden, der die Risiken von neuen Finanzinstrumenten für die Banken als auch für die Anleger genau prüft. Alle Arten von Finanzderivaten, die eigentlich nur eine Art Versicherung sind, müssten auf den Prüfstand und gegebenenfalls verboten werden. Der Verbraucherschutz ist deutlich zu verbessern.

5.2. Investitionen fördern – Arbeitsplätze sichern und schaffen.

Um das zentrale wirtschaftliche Problem Deutschlands – die zu niedrige Investitionsquote – zu erhöhen, ist die gezielte und zeitlich befristete Förderung und Unterstützung von privaten Investitionen insbesondere in kleineren und mittelständischen Unternehmen notwendig. Die Unternehmen, die in der Krise investieren, müssen durch staatliche Hilfen ermutigt werden, statt durch überflüssige Steuergeschenke die Sparquoten zu erhöhen.

Neben der sofortigen Abschreibung von Investitionsgütern in gewissen Sektoren und der zeitlich befristeten Einführung von Investitionszulagen oder der steuerlichen Förderung von Forschungsförderung in Unternehmen wollen wir auch den „Deutschlandfonds“ nutzen, der 2009 aufgelegt wurde, um krisengebeutelte Unternehmen zu unterstützen. Der Fonds hat ein Volumen von 115 Milliarden Euro – davon 40 Milliarden Euro für Kredite. Doch nur rund 10% davon wurden bislang abgerufen, über 30 Milliarden Euro an Kreditermächtigungen sind derzeit ungenutzt. Wir wollen das Instrumentarium des Fonds erweitern und ihn zu einem „Zukunftsfonds Deutschland“ ausbauen.

So wollen wir etwa Risikokapital für Unternehmensgründer bereitstellen. Neue Ideen müssen den Durchbruch zum Markt schaffen. An der Finanzierung von neuen Konzepten und Technologien für serien- und marktfähige Produktion hapert es in Deutschland. Dies wird durch die schwelende Kreditklemme in der Krise verschlimmert. Insbesondere neue, junge Unternehmen (Start-Ups) benötigen Wagniskapital. Wir wollen „Public Equity“ im Rahmen des „Zukunftsfonds Deutschland“ aktivieren. „Public Equity“ ist „geduldiges Kapital“ von der öffentlichen Hand, das zudem keine unrealistischen Renditeforderungen erhebt. Durch solche Beteiligungen, etwa in Form von Wagniskapital für Unternehmensgründer oder Mezzanine-Kapital für innovative Mittelständler, können wir gezielte industriepolitische Impulse setzen: zum Beispiel im „Cleantech“- Sektor oder in der wachsenden „App-Economy“, in der rasant neue Geschäftsmodelle für bezahlten Content im mobilen Internet entstehen.

5. 3. Rettungsschirm für Kommunen auflegen!

Die Haushaltslage der Städte und Kommunen in Deutschland ist katastrophal. Die krisenbedingt steigenden Sozialausgaben und die wegbrechenden Gewerbesteuer-einnahmen gefährden die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Anstatt eine finanzielle Perspektive zu schaffen, treibt Schwarz-Gelb die Kommunen durch Steuerprivilegien und Klientelgeschenke für einzelne Gruppen in den Ruin. Allein das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ kostet die Kommunen 1,6 Milliarden Euro pro Jahr. Das neue Steuerkonzept der FDP würde den Kommunen jedes Jahr weitere 2,4 Milliarden Euro entziehen. So müssen Gebühren für Abwasser, Müll und öffentlichen Nahverkehr erhöht, Bildung und Betreuung gekürzt, Bibliotheken, Schwimmbä-

der und Kultureinrichtungen geschlossen werden. Doch gerade diese Investitionen der Kommunen sind zentral für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland und liefern entscheidende Impulse für die lokale Wirtschaft.

Wir wollen einen Rettungsschirm für die Kommunen aufspannen und ihre Investitionsfähigkeit erhalten. Wir fordern eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft. Diese soll auf zwei Jahre befristet werden und einen Umfang von 400 Millionen Euro pro Jahr betragen. Wir fordern die Rücknahme der im Bundestag beschlossenen Änderungen bei der Besteuerung der Funktionsverlagerung und der gewerbsteuerlichen Hinzurechnung bei Leasing und Factoring. Wir fordern den Verzicht auf weitere Steuergeschenke, die zu zusätzlichen Belastungen der Kommunen führen.

5.4. Brücken in Beschäftigung schaffen – gute Arbeit und Bildung sicherstellen!

Die Stärkung regulärer und fair bezahlter Arbeit ist eine wichtige Aufgabe, nicht nur, um aus der Krise herauszukommen sondern auch um künftige Krisen zu vermeiden. Denn es gibt einen Zusammenhang zwischen der sinkenden Lohnquote und der zu schwachen Binnennachfrage einerseits und steigenden Vermögen und spekulativer Finanzanlage andererseits. Eine Wirtschaftspolitik, die das Ganze in den Blick nimmt, sieht in Löhnen nicht nur „Kosten“, sondern auch Nachfrage. Stagnierende oder sogar sinkende Löhne sind nicht die Lösung, sondern ein Teil des Problems. Für uns ist die reguläre, sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte Beschäftigung das Leitbild. Die Arbeitsmarktpolitik soll Brücken in diese Form der Beschäftigung bauen.

Deutschland braucht auch deshalb einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Der Vorschlag des DGB, der eine Höhe von 8,50 Euro vorsieht, geht in die richtige Richtung. Zudem müssen wir die Tarifbindung wieder erhöhen. Nur noch 52 Prozent der Beschäftigten arbeiten in Betrieben mit einer tariflichen Bindung. Daher muss das wirtschaftspolitische Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärung wieder verstärkt genutzt werden.

Die Ausweitung der Leiharbeit hat zu einem erheblichen Missbrauch seitens der Unternehmen geführt. Wachsende Unsicherheit, gespaltene Belegschaften und Lohn-dumping waren die Folge. Wir wollen Leiharbeit wieder begrenzen. Nach einer kurzen Einarbeitungszeit soll der Grundsatz, „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ ohne Ausnahme gelten. Um den schlimmsten Missbräuchen zu begegnen ist eine Lohnuntergrenze notwendig. Am einfachsten wäre es, die Leiharbeitsbranche in den Geltungsbereich des Arbeitnehmerentsendungsgesetzes aufzunehmen.

Für die SPD hat die Schaffung von guter Arbeit oberste Priorität. Gute Arbeit hat gute Bildung zur Voraussetzung. Hier ist in Deutschland noch viel zu tun. Wir wollen in die Köpfe der Menschen investieren: Der Bund stellt in den kommenden vier Jahren die

notwendigen Mittel zur Verfügung, um gemeinsam mit den Ländern die Bildungsinvestitionen auf den Durchschnitt der OECD-Staaten von 7 % anzuheben.

5.5. Nachhaltige Investitionen durch ökologische Industriepolitik

Energie und Material machen mittlerweile die Hälfte der Kosten in der Industrie aus – Lohnkosten weniger als 20%. Bei weiter steigenden Energiepreisen und zunehmender Versorgungsunsicherheit wird Rohstoffeffizienz der zentrale Wettbewerbsfaktor im nächsten Jahrzehnt. Wenn deutsche Unternehmen sorgsam mit Energie und Material umgehen lernen, dann stehen sie im internationalen Wettbewerb nachhaltig besser da – und das *nicht* auf Kosten der Arbeitnehmer und *ohne* dass die Schere zwischen Löhnen und Gewinnen weiter aufgeht. Dafür braucht es eine Vielzahl an neuen, umweltschonenden Technologien. Schätzungen zufolge werden sich diese „Cleantech-Märkte“ bis 2020 weltweit auf über 2.000 Milliarden Euro verdoppeln. In vielen Umwelttechnologien ist Deutschland heute schon Weltmarktführer für. Doch neue Investitionen sind vonnöten – denn in vielen Leitmärkten, beispielsweise der Elektromobilität, holen andere Länder zunehmend auf.

Mit intelligenten Maßnahmen kann der Staat zum Motor der Innovation werden. Wenn Bund, Länder und Kommunen selbst so umweltbewusst einkaufen wie es die Bürger auch tun, könnten mehr als 50 Milliarden Euro jedes Jahr für ökologische Technologien eingesetzt werden. Die öffentliche Hand kann somit eine massive Einkaufsmacht für umweltfreundliche Produktinnovationen werden – ohne die öffentlichen Haushalte zusätzlich zu belasten. Beispielsweise sollten öffentliche Flotten, im öffentlichen Nahverkehr oder im Fuhrpark der Regierungen und Parlamente, zunehmend durch Fahrzeuge mit alternativen Antrieben, z.B. Elektroautos, ergänzt werden. So kann der Staat Anreize für Investitionen in Zukunftsmärkte setzen. Doch Schwarz-Gelb tut das Gegenteil: Die Regierung will ökologische und soziale Standards im Vergaberecht abschaffen.

Im Rahmen des „Zukunftsfonds Deutschland“ wollen wir insbesondere solche Unternehmen und Start-Ups stärken, die neue Lösungen, Technologien und Dienstleistungen entwickeln und anbieten, die zur Steigerung der Energie- und Materialeffizienz in Industrie, Verkehr und Haushalten beitragen.

Der Atomausstieg muss wie im Atomkonsens mit der Energiewirtschaft vor zehn Jahren beschlossen umgesetzt werden. Damit wollen wir den Weg frei machen für eine massive Investitionsoffensive der Kraftwerksbetreiber in erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Allein die Stadtwerke halten derzeit mehr als 6 Milliarden Euro an Investitionen in neue Kraftwerke zurück, weil die Laufzeitverlängerung der AKW droht. Die Verlängerung der Atomkraft bremst Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

Der Ausbau der Energienetze und die Einrichtung von intelligenter Netzsteuerung ist ein Schlüssel für wirtschaftliche Entwicklung und für den Durchbruch der erneuerbaren Energien. Die SPD fordert die Bundesregierung auf, sich auf europäischer wie nationaler Ebene für eine Regulierung einzusetzen, die Investitionen in Energienetze und „Smart Grids“ vorantreibt und koordinierte Zukunftsinvestitionen nicht durch regellose Privatisierung untergräbt.

Diese Maßnahmen sind erste Meilensteine auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaftspolitik. Wir laden alle Interessierten ein, mit uns die Diskussion aufzunehmen und voranzutreiben:

www.zukunftswerkstatt.spd.de

* * *